

Feldstudie zu Migration und Politik: Dem „Deutschen“ Volke?

Mitteilung: Universität Duisburg-Essen

Ob sich ein Paul Schmidt oder ein Murat Yilmaz bei Politikern erkundigt, macht einen Unterschied. Politiker und ihre Mitarbeiter reagieren nämlich anders auf Fragen von Bürgern mit Migrationshintergrund. Dies fand Jakob Kemper in seiner Bachelorarbeit an der Universität Duisburg-Essen (UDE) heraus. Eine Partei fiel dem jungen Politikwissenschaftler dabei besonders auf.

„Wer im Briefkopf steht, wird in der Welt der Bundestagbüros durchaus registriert“, fand der Absolvent in seiner Feldstudie heraus. Der 23-Jährige schrieb einen fiktiven Brief bzw. Mail an alle 709 Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Der Absender hieß entweder Paul Schmidt oder Murat Yilmaz. Ergebnis: Der Deutsche mit dem Namen nach ausländischen Wurzeln bekam im Schnitt seltener und kürzere Antworten auf die Fragen.

„Sie werden systematisch bei der Zugänglichkeit zu Abgeordneten diskriminiert“, resümiert Kemper, der aktuell seinen Master in Methoden der Sozialforschung macht. Hat dagegen der Abgeordnete selbst einen Migrationshintergrund, antworteten seine Mitarbeiter Paul Schmidt weniger häufig – ein gegenläufiger Effekt.

Unterschiede gibt es vor allem bei der Fraktion der AfD. 47% der Fragenden ohne Migrationshintergrund erhielten eine Antwort, aber nur 26 % der Anfragesteller mit Migrationshintergrund – ein statistisch bedeutsamer Unterschied. Die Abgeordneten aller anderen Fraktionen antworteten auf die Anfrage der hier geborenen Deutschen ebenfalls häufiger als auf die andere Anfrage, jedoch nur um einige Prozentpunkte.

Ausnahme: Die Abgeordneten von Bündnis90/Die Grünen antworteten Murat Yilmaz sogar häufiger als Paul Schmidt (53%/58 %) Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich eine grundlegende Theorie zu Diskriminierung auch auf das Verhältnis der politischen Elite zu Bürgern in Deutschland anwenden lässt.

„Jakob Kemper weist Zusammenhänge nach, die nicht nur durch Zufall entstanden sein können“, lobt Politikprofessor Dr. Achim Goerres die Arbeit. „Bis auf den Absender war bei den Anfragen alles gleich. Inhaltlich ging es um eine völlig legitime und einfach zu beantwortende Frage zur Teilnahme an der Bundestagswahl. Trotzdem können wir eine schlechtere Behandlung eines in der türkeistämmigen Community häufig vorkommenden Namens

nachweisen. Das sind zwar Ergebnisse im Schnitt, das heißt nicht jedes Abgeordnetenbüro zeigt dieses Verhalten, aber insgesamt sind die Befunde äußerst bedenklich."

Originalpublikation:

<https://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet?id=47520>

PM v. 30.11.2018

Cathrin Becker

Ressort Presse - Stabsstelle des Rektorats

Universität Duisburg-Essen

Quelle:

www.uni-duisburg-essen.de

www.idw-online.de